



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (Vom 3. bis 9. April)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Reichs Spiegel

(Vom 3. bis 9. April)

Innere Politik

Parlamentsferien — Streit zwischen Konservativen und Nationalliberalen — Bassermann als Sündenbock — Notwendigkeit einer liberalen Mittelpartei — Zentrum und Nationalliberale — Bassermanns Fehler — Anlehnung an Herrn v. Bethmann — Versumpfung der Ansiedlungspolitik — Herrenhausdebatten

Reichstag, preußisches Abgeordnetenhaus und Herrenhaus haben nacheinander ihre Pforten geschlossen, um ihren Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, den Osterfrieden zu genießen. Wer indessen gehofft hat, dieser Frieden werde sich nun auch in die Gemüter der Politiker senken, erlebt eine Enttäuschung. Im Gegenteil, es scheint als solle gerade während der Osterpause ein Streit besonders heftig entbrennen, der schon seit dem Scheitern der Bülow'schen Finanzreform die politische Atmosphäre vergiftet: der Streit zwischen Konservativen und Nationalliberalen. Im Grunde genommen ist dieser Streit kein Streit, sondern ein heißes Liebeswerben. Auf konservativer wie liberaler Seite gibt es genug Männer, die die Grundidee der Bülow'schen Blockpolitik mit Rücksicht auf die einmal in Preußen-Deutschland bestehenden Verhältnisse als richtig, der Nation heilsam anerkennen. Daneben freilich gibt es auf beiden Seiten Männer, die den für den Ausgleich erforderlichen Preis nicht zahlen wollen. Herr v. Heydebrand und Ernst Bassermann stehen einander gegenüber. Der Führer der Konservativen, von Freund und Feind hart berannt, hat sich in seiner Haltung nicht beirren lassen, hat nach allen Seiten rücksichtslose Hiebe ausgeteilt und Minister und Reichskanzler ebensowenig geschont wie die Parteipolitiker. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, soll diese als Desperadopolitik gekennzeichnete Taktik von Erfolgen gekrönt werden. Nicht, daß die Zahl der Anhänger Heydebrands sonderlich gewachsen wäre, nicht, daß weiterblickende Männer überzeugt worden wären, die Heydebrand'sche Politik könne dem Lande zum Segen reichen! Keineswegs! Aber man beginnt sich von der Fruchtlosigkeit zu überzeugen, die Stellung Heydebrands innerhalb seiner Partei zu erschüttern und damit die hauptsächlichste Klippe zu beseitigen, die einem Zusammenarbeiten der rechts stehenden Parteien entgegensteht. Darum wendet man seine Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße dem Gegner Heydebrands zu, Herrn Bassermann. Da die Konservativen von einer Versöhnung nichts wissen wollen, sollen die Nationalliberalen sich unterwerfen; da die Konservativen ihren Führer nicht im Stich lassen wollen, sollen die Nationalliberalen es tun. Das ist in gegenwärtiger Phase der Preis der Versöhnung! Nicht mehr Heydebrand ist der Stein des Anstoßes, sondern Bassermann! So sollte man wenigstens glauben, wenn man die Deutsche Zeitung, die freisinnige Weserzeitung, die Rheinisch-Westfälische, den Dresdner Anzeiger und die Kreuzzeitung verfolgt. Dabei wird die Behauptung verbreitet, als wünschten die Führer der preußischen Landtagsfraktion Schiffer und Friedberg die Ausschaltung Bassermanns. Die Behauptung

ist seitens der parteioffiziösen Presse energisch zurückgewiesen. Die Angriffe gegen Bassermann gehen von den Kreisen aus, die eine Sprengung der national-liberalen Partei herbeiführen wollen, um die gesamten Vertreter der Industrie im Lager der Rechten zu vereinen und um die Jungliberalen dem Freisinn zu überliefern.

Der Gedanke, die nationale Mittelpartei zu beseitigen, ist nicht neu. Doch ist man immer wieder davon abgekommen. Was in England und bald auch in Rußland als natürlich und gesund angesehen werden kann, läßt sich auf die deutschen Verhältnisse nicht übertragen, weil wir auch nach dem Ausfall der nationalliberalen Partei immer eine Mittelpartei haben würden, solange das katholische Zentrum besteht.

Dies Zentrum, das durch seine Angehörigen alle Staatsauffassungen, die überhaupt denkbar sind, in sich vereinigt, dies Zentrum, das zugleich national und kosmopolitisch sein kann, würde nach dem Fortfall einer nationalen Mittelpartei noch mehr die Reichspolitik beeinflussen, als wie es schon in den letzten Jahren der Fall war. Gegen diese Möglichkeit gilt es ein Bollwerk zu erhalten, eben eine liberale Mittelpartei. Liberal muß diese Partei sein, um der Nation die Ideale erhalten zu können, die sie seit der Reformation vorangeführt haben. Liberal muß diese Partei sein, weil sowohl in der konservativen Partei wie in der sozialdemokratischen Neigungen versteckt sind, die in kritischen Augenblicken der Macht des Zentrums nur förderlich sein können — hier das natürliche Bedürfnis nach Anlehnung an einen Glauben, das die liberalen Parteien der Gegenwart nur scheinbar zu befriedigen vermögen, dort die Hinneigung zum Klerikalismus, die selbst die Grenze zwischen Katholizismus und Protestantismus zugunsten des ersteren verwischt. Die politische Organisation der katholischen Kirche bietet den konservativen Politikern genug verlockende Seiten, als daß der weiter blickende Staatsmann hoffen dürfte, sie in Zeiten nationaler Not immer auf der rechten Seite zu treffen. Solange das Reich besteht, hat die nationalliberale Partei diese ihr zugefallene Aufgabe schlecht und recht erfüllt, und es ist neben ihr noch keine politische Organisation entstanden, die die Gewähr böte, die große nationale Aufgabe besser durchzuführen. Darum muß die liberale Mittelpartei erhalten bleiben, nicht um einiger Parlamentarier willen, sondern mit Rücksicht auf die Nation. Der Fortbestand der Partei aber wäre in Frage gestellt, wenn es gelingen sollte, nennenswerte Teile dem Führer Bassermann zu entfremden. Dann erst würde aller Wahrscheinlichkeit nach die Radikalisierung der bürgerlichen Kreise eintreten, für die von gewisser Seite aus Bassermann schon jetzt verantwortlich gemacht wird. Von einer solchen Radikalisierung oder Linksentwicklung kann vorläufig noch gar nicht die Rede sein; im Gegenteil läßt sich nachweisen, daß die freisinnigen Parteien so viele Anschauungen von rechts her übernommen haben, daß man eher von einer Entwicklung nach rechts sprechen dürfte. Schutz der nationalen Arbeit, Erhaltung und Ausbau der Wehrmacht, Festhalten an

der Monarchie, das sind lauter „freisinnige“ Bekenntnisse! Eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit ist lediglich bezüglich der Stellung zur Sozialdemokratie vorhanden. Doch scheint es, daß die Liberalen in dieser Beziehung nationaler denken als die Konservativen. Sie halten selbstverständlich mit den Konservativen die sozialdemokratische Partei wegen deren Grundsätzen und Kampfesweise für eine Gefahr; sie glauben aber im Gegensatz zu den Konservativen, daß in der Mehrzahl der sozialdemokratischen Wähler gute Deutsche stecken, die stets bereit sein werden, ihre nationale Pflicht zu erfüllen, und die unter gewissen Voraussetzungen auch der roten Partei abspenstig gemacht werden könnten. Die Voraussetzungen bietet das Wirtschaftsleben. Wird mehr als bisher die nationale Wirtschaft auch völkisch aufgefaßt, dann werden auch die gemeinsamen Interessen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern weiter zu politischer Gemeinsamkeit führen, und sozialistische Hezer werden für ihre Tiraden in der deutschen Arbeiterschaft immer weniger Anklang finden.

Bei aller Anerkennung der Bedeutung einer starken liberalen Mittelpartei wird man indessen feststellen müssen, daß seitens der nationalliberalen Parteileitung während der abgelaufenen zwei Jahre Schritte unternommen worden sind, die auf beiden Seiten Mißtrauen wecken konnten und geweckt haben. Ich halte für den schwersten Fehler, der nach Lage der Dinge begangen werden konnte, das Zusammenarbeiten mit der Reichsregierung in der elsäß-lothringischen Frage. Von den grundsätzlichen Bedenken gegen das Reformwerk ganz abgesehen, wäre die Inangriffnahme in ruhigeren Zeiten überhaupt verständlicher gewesen. Aber in diesen Zeiten der Unruhe und nachdem der leitende Staatsmann in der Behandlung der preußischen Verfassungsreform sich durchaus nicht als Führer bewährt hatte, durfte eine in die Opposition gedrängte Partei, die um ihre fernere Existenz kämpft, sich nicht mit dem Geschick dieses Staatsmannes verbinden. Und hier wird Bassermann zum Sündenbock nicht wegen seiner jungliberalen Neigungen, nicht wegen grundsätzlich ablehnender Haltung, wie ihm von konservativer Seite vorgeworfen wird, sondern weil er auf Drängen vom rechten Flügel seiner Partei her den Nachfolger des Fürsten Bülow, der dessen Politik nicht zur seinigen machte, unterstützte. Das ist der prinzipielle Fehler, aus dem alle weiteren entstanden sind. Das Zusammenwirken der Partei mit der Regierung in der elsäß-lothringischen Verfassungsfrage mußte vermieden werden, selbst dann, wenn ihre Erledigung der Partei am Herzen lag. Statt dessen hat Bassermann gerade in dieser Frage die Führung übernommen und dadurch Anlaß zu den bekannten Verdächtigungen gegeben, mit denen nicht von nationalliberaler Seite, auch nicht von konservativer, sondern von einer „unparteiischen“ Stelle aus gegen ihn agitiert wird. Diese unparteiische Stelle ist natürlich nicht in der Reichskanzlei zu suchen. Beileibe nicht! Auch im Pressebureau in der Wilhelmstraße wird jede Einmischung bestritten. Das hindert indessen nicht, daß gewisse Stellen, die einst Bassermann sehr unwohl haben, nun ein großes Interesse daran haben, den Miß inner-

halb der bürgerlichen Parteien wenigstens äußerlich zu übertünchen, und weil ihnen dabei Bassermann im Wege ist, diesen aus dem Parlament zu beseitigen. Herr Bassermann ist für den kommenden Reichstag in Saarbrücken aufgestellt. Die Verhältnisse liegen in jenem Wahlkreise nicht sonderlich günstig, da höchstwahrscheinlich eine Stichwahl notwendig wird, bei der die Stimmen der Sozialdemokraten den Ausschlag geben.

Was den nationalen Parteien das Zusammengehen mit der Regierung am meisten erschwert, ist deren Mangel an Initiative. Am augenfälligsten tritt die Gefahr eines solchen Mangels in der Ostmark zutage. Wir haben darauf an dieser Stelle schon wiederholt hingewiesen. Heute sei nur notiert, daß nach den bisher unbeanstandet gebliebenen Gerüchten der Oberpräsident von Posen, Erzellenz v. Waldow, der sich die größten Verdienste um die Förderung des Deutschtums in Posen erworben hat, um Enthebung von seinem Amte gebeten hat, um den Verfall seines Werks nicht mit eigenen Augen sehen zu müssen. Die Ostmarkenpolitik wird nach Ostern im preußischen Landtage eine Besprechung finden. Die Leser der Grenzboten sollen bis dahin noch eingehend über die bisherige Entwicklung und den jetzigen Stand des Ansiedlungswerks unterrichtet werden.

In der abgelaufenen Woche haben die Verhandlungen des Herrenhauses die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Abgesehen von der Erörterung über wirtschaftliche Fragen, deren weiter unten gedacht wird, gab es auch eine interessante Kulturdebatte. Gelegentlich einer Aussprache über die Zweckmäßigkeit der Schaffung der Universität zu Frankfurt a. M. kam es zu einem — sagen wir Angriff gegen den Rostocker Professor Ehrenberg, der zeigt, mit welcher Zähigkeit die derzeitige die preußische Nationalökonomie beherrschende Richtung ihr unbequeme Forscher vom Katheder fernhält. Graf Mirbach forderte im Auftrage der „Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer“ die Begründung eines Lehrstuhles für exakte Wirtschaftsforschung. Der Zweck dieses Lehrstuhles soll in erster Linie sein, die Wirtschaftsprinzipien der Großbetriebe kennen zu lernen. Die Großindustriellen Krupp, Stinnes, Kirndorf und andere unterstützen die Idee auch materiell, aber sie fordern, daß für die Forschung nur ihnen vertrauenswürdig scheinende Persönlichkeiten gewählt werden. Bisher ist die Forderung an dem Widerstande der Fakultäten gescheitert. Adolf Wagner bekämpfte die Forderung mit dem Hinweis, im Leben seien nicht soziale, sondern psychologische Momente entscheidend, und diese Momente seien zu wechselvoll, als daß man darauf mathematisch sichere Resultate gründen könnte; in das Geheimnis der großen Betriebe wie Krupp einzudringen, würde sehr einfach sein, wenn diese Betriebe ihre Wirtschaftsprinzipien offen legen wollten. . . . Erzellenz Wagner ist erfüllt von der Besorgnis, daß durch die Einmischung der Großunternehmer die Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Forschung gefährdet werden könnte, und mag darin recht haben. Aber sein ablehnender Standpunkt erscheint auch nicht ganz frei von Animosität gegen seinen Kollegen Ehrenberg. Nun

ist die Frage, ob der angebliche Schaden, der der Wissenschaft zugefügt werden könnte, nicht wieder ausgeglichen würde durch die Beschaffung des Materials, das die exakte Wirtschaftsforschung auf dem ihr seitens der Unternehmer eröffneten Wege erhielt. Die Wissenschaft soll doch dem Fortschritt auf allen Gebieten und in allen Richtungen dienen. Es kann doch nicht einseitig Aufgabe der Nationalökonomie sein, die Mittel zu suchen, um die Lage der unteren Schichten zu bessern, vielmehr soll sie auch den Weg zur Besserung der Wirtschaftsmethoden zeigen. Daß sich die Unternehmer nicht von jedem Nationalökonom in die Bücher gucken lassen wollen, dürfte ihnen eigentlich nicht verübelt werden, weil sie dadurch ihre Unternehmungen zu großen Gefahren aussetzen würden. Wenn sie also gewissen Vertrauenspersonen Einblick gewähren wollen, so kommen sie der Wissenschaft außerordentlich weit entgegen. Warum auf diesen wenn auch kleinen Vorteil verzichten? Gegenwärtig stützen sich die Kenntnisse über die Geschäftsführung der Großbetriebe, abgesehen von den Geschäftsberichten der einzelnen Firmen, auf die meist anonym erscheinenden und daher unkontrollierbaren Berichte der Handelsblätter. Wäre der Forschung nicht gedient, wenn hierzu ergänzend Arbeiten solcher Gelehrten treten würden, deren Tun und Lassen vor aller Öffentlichkeit läge? Zweifellos! Und schon ein einziger Gelehrter könnte gewisse Kenntnisse zum Gemeingut der Unternehmerwelt machen, die gegenwärtig nur von einzelnen Firmen ausgebeutet werden. Darum sollte der Herr Kultusminister die Wünsche der Steuer- und Wirtschaftsreformer wohlwollend prüfen und helfen einen Weg zu finden, um die Bedenken Adolf Wagners zu zerstreuen. S. 1.

Bank und Geld

Hochkonjunktur und Börsentendenz — Fusionen und Kapitalserhöhungen — Eisenwerk Kraft — Mannstädt-Fasson — Konkurs Plate — Spekulationen im Ausland — Remisierunwesen — Serienlosgeellschaften und Klassenlotterie

Befinden wir uns auf dem Wege zu einer neuen wirtschaftlichen Hochkonjunktur? Es ist eigentümlich, daß man eine solche Frage aufwerfen kann; noch eigentümlicher, daß ihre Beantwortung schwierig und unsicher ist. — Staatssekretär Delbrück hat kürzlich seiner Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die wirtschaftliche Konjunktur im Aufsteigen begriffen sei; das Gleiche hat dieser Tage der Direktor der Deutschen Bank, Herr v. Gwinner, getan, als er der Eisenbahnverwaltung den Rat gab, mit den Investitionen ein rascheres Tempo einzuschlagen und nicht zu warten, bis die Hochkonjunktur zu einer starken Preissteigerung geführt habe. Jedesmal hat die Börse diese Äußerungen mit einer momentanen Hauffe quittiert und damit zum Ausdruck gebracht, wie sehr diese Beurteilung von autoritativer Seite mit ihrer eigenen, noch mehr aber mit ihren Wünschen und Erwartungen in Einklang stehe. Sieht man aber von dieser Auffassung der Börse ab, so erscheint die Gesamtheit der wirtschaftlichen

Lage doch nicht so geklärt, daß ein Aufschwung in allen Zweigen der gewerblichen und produktiven Tätigkeit, wie er das Merkmal einer Hochkonjunktur zu sein pflegt, mit Sicherheit festzustellen wäre. Prüft man die Angaben der Statistik, so fehlt es allerdings nicht an Anzeichen für eine lebhaft wirtschaftliche Entwicklung. Unsere Kohlenproduktion, die Roheisenerzeugung, die Absatzziffern des Stahlwerksverbandes, der Außenhandel Deutschlands, und endlich die Eisenbahneinnahmen weisen im Jahre 1910 und noch mehr im I. Quartal des laufenden Jahres Zahlen auf, welche die des Konjunkturjahres 1907 durchweg erreichen, wenn nicht hinter sich lassen. Gleichwohl aber wollen die Klagen über ungenügende Absatzverhältnisse, schlechte Preise und mangelnde Beschäftigung aus einzelnen Gewerbszweigen nicht verstummen. Die wirtschaftliche Besserung, die in jenen Ziffern der Statistik zutage tritt, ist daher noch keine allgemeine. Sieht man genauer zu, so sind es in der Tat nur die großen gemischten Betriebe und die syndizierten Industriezweige, die sich des Vorteils der wirtschaftlichen Entwicklung erfreuen, während andere sich noch in einer recht schwierigen Lage befinden. Für die Börsentendenz sind nun freilich die ersteren von ausschlaggebender Bedeutung. Es kann daher nicht wundernehmen, daß wir die Industripapiere in einer unaufhaltsamen Kurssteigerung begriffen sehen und daß infolge des günstigen Kursstandes sich Neuemissionen, Kapitalserhöhungen und Fusionen drängen wie nur jemals zuzeiten einer Hochkonjunktur. Haben doch die beiden letzten Quartale für Neugründungen und Kapitalserhöhungen einen Aufwand von rund 725 Millionen Mark — hauptsächlich für die Zwecke der elektrotechnischen und Montanindustrie — erfordert, eine Ziffer, die nur wenig hinter der des Jahres 1906/07 zurückbleibt. Bei diesen Fusionen und Kapitalserhöhungen wiederholen sich auch bereits die Erscheinungen, welche man bei früheren Hochkonjunktoren beobachten konnte, nämlich ein Zurücktreten der wirtschaftspolitischen Momente und eine Ausnutzung des hohen Aktienagios zugunsten gewisser Spezialinteressen von Großaktionären oder Gläubigern. Typisch hierfür sind zwei Fusionen der jüngsten Zeit: die des Eisenwerks Kraft mit der Niederrheinischen Hütte und die des Fassoneisenwalzwerks Mannstädt mit der Sieg-Rheinischen Hütten-A.-G. In beiden Fällen handelt es sich darum, daß ein wirtschaftlich hochentwickeltes Unternehmen ein schwach fundiertes in sich aufnimmt, nicht um dadurch einen Wettbewerb auszuschalten oder seine eigenen Produktionsbedingungen zu verbessern, sondern um den Gläubigern, die bei den schwächer fundierten Werken erhebliche Kapitalien festgelegt haben, durch diese Fusion zu Hilfe zu kommen. In dem einen Fall ist dieser Gläubiger Fürst Henkel-Donnersmarck, in dem anderen Fall der Schaaffhausensche Bankverein. Der erstere mobilisiert auf diese Weise eine Forderung von nicht weniger als 11 Millionen Mark an die Niederrheinische Hütte, der Bankverein eine solche von annähernd 5 Millionen Mark. Hier wie dort wird das Kapital der übernehmenden Gesellschaft so stark verwässert, daß sie auf eine vollständig andere wirtschaftliche Basis

gestellt wird. Für die Aktionäre bedeutet eine solche Transaktion natürlich ein erhebliches Risiko, weil sich gar nicht absehen läßt, ob das neue Unternehmen auf die Dauer imstande ist, Erträgnisse abzuwerfen, die mit dem geforderten erheblichen Agio für die neuen Aktien im Einklang stehen. Ist aber wie gegenwärtig das Börsenwetter günstig, so pflegt das Publikum blindlings Gefolgschaft zu leisten und nimmt auch an einem noch so hohen Agio keinen Anstoß. — Hochkonjunktur!

Die wachsende Spekulationslust wendet sich anscheinend in steigendem Maße auch wieder den ausländischen Börsen zu. In der Regel tritt diese Spekulation an der Londoner und New-Yorker Börse nicht offen in Erscheinung. Nur wenn sie wieder einmal ein Opfer gefordert hat, das die breitere Öffentlichkeit interessiert, fällt ein Licht auf den bedrohlichen Umfang und die ungeheure Gefahr dieser besonderen Art des Börsenspiels. Ist doch der aufsehenerregende Zusammenbruch der altangesehenen Bremer Firma Gebr. Plate nur auf solche Spekulationsverluste des Juniorpartners in Höhe von nicht weniger als 1½ Millionen Mark zurückzuführen! — Wenn diese Beteiligung des deutschen Publikums am ausländischen Börsenspiel einen so außerordentlichen Umfang angenommen hat, so ist dies hauptsächlich dem Umstand zu danken, daß hierfür eine weitreichende und wirksame Organisation durch besondere Vertreter und Agenten besteht. Hierauf hat auch Dernburg in seiner Broschüre hingewiesen. Es gibt in Deutschland Hunderte von sogenannten Remisiers, Vertreter Londoner und Pariser Börsenfirmer, welche angesehene und zahlungsfähige Privatpersonen, namentlich auch solche, die sich in auch nur einigermaßen gut bezahlter Stellung befinden, zum Börsenspiel aufordern und durch günstige Bedingungen zu verleiten wissen. Oft wird gar kein oder nur ein sehr geringer Einschuß für die Übernahme und Ausführung spekulativer Aufträge verlangt; eine Provision und Kosten für deutschen Schlußnotenstempel kommen nicht in Ansatz. Die Spekulation ist daher dem äußeren Anschein nach weit billiger als in Deutschland, denn der Auftraggeber übersieht, daß er sehr erhebliche Provisionen für das Bankhaus wie für den Remisier in einem Kursschlag entrichtet! — So wird das Betreten dieser höchst gefährvollen Bahn nach jeder Richtung hin erleichtert; einen Rückweg gibt es kaum, weil, solange noch eine Hoffnung besteht, erlittene Verluste wieder einzuholen, der Spekulant, gestützt auf den Rat seines Remisiers, Engagement an Engagement reiht, bis mit dem Verfliegen sämtlicher Hilfsquellen das Interesse des Remisiers an seinem Opfer geschwunden ist. Wie viel Existenzen hat nicht dieser Moloch schon verschlungen! Gelänge es, diesen tiefgreifenden Schäden durch geeignete Maßnahmen vorzubeugen, so würde man dem öffentlichen Wohl einen unschätzbaren Dienst erweisen. In der Tat ist die Tätigkeit dieser Remisiers weit gefährlicher als die der sogenannten „Bucket-Shops“, gegen welche der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes neuerdings einen so dankenswerten und erfolgreichen Feldzug eröffnet hat. Vielleicht ließe sich gegen das

Remissurwesen ein gleiches erreichen. Es würde genügen, die gewerbsmäßige Vermittlung von Börsengeschäften im Auslande zu einem konzessions- oder wenigstens anzeigepflichtigen Gewerbe zu machen, den Remissiers eine Buchführung vorzuschreiben und sie der Stempelsteuerrevision zu unterwerfen. Der letztere Punkt wäre dabei die Hauptsache, denn obwohl nach den Vorschriften des Stempelsteuergesetzes an sich der Remissier für jeden Börsenauftrag und jede Prolongation eine Schlußnote auszustellen und zu versteuern hätte, wird diese Verpflichtung mangels jeglicher Kontrolle regelmäßig umgangen; man verläßt sich auf das Dunkel, in welchem die Geschäftsbeziehungen des Remissiers zu seinem Auftraggeber bleiben. Wird dieses Dunkel aber gelichtet und der Verkehr mit dem Remissier derselben Steuer unterworfen wie der mit einer inländischen Bank, so entfällt der wesentlichste Anreiz, der die Spekulationsklüftern diesen gefährlichen Vermittlern in die Arme treibt.

Vielleicht entschließt sich der Staat zu einem solchen Vorgehen um so eher, als er sich gerade jetzt beflissen zeigt, der Spielsucht auf anderem Gebiete einen Riegel vorzuschieben. Im Abgeordnetenhaus hat der Finanzminister einen Gesetzentwurf zur Beschränkung des Handels in Serien- und Prämienlosen eingebracht. Der Versuch, den schwindelhaften Lotterichandel, der namentlich vom Auslande her in Deutschland betrieben wird, durch strafgesetzliche Bestimmungen zu fassen, ist an sich natürlich durchaus zu billigen. Wenn nur das Auftreten der Staatsregierung in diesem Falle nicht einen so fatalen fiskalischen Beigeschmack hätte! — Solange der Staat durch die Klassenlotterie und den Totalisator — namentlich aber durch den letzteren — die Spielsucht des Publikums ausbeutet, fehlt ihm die Berechtigung, sich darüber zu entrüsten, wenn Private das gleiche tun. Es ist ganz unbegreiflich, daß allen Einwendungen zum Trotz diese eines Kulturstaates wie Deutschland unwürdige Einrichtung der Klassenlotterie in den einzelnen Bundesstaaten noch aufrecht erhalten und sogar weiter ausgebaut wird. Fiskalische Gründe

Bücherliste

Defer, Max: Fr. Klein-Chevalier und seine moderne Kunst. Frankfurt a. M., G. Kreller, M. 4.—
Prof. Defer gibt in diesem Heft eine fesselnde Schilderung der künstlerischen Entwicklung des Malers Klein-Chevalier, eines der bekanntesten deutschen Künstler auf dem Gebiete der monumentalen Malerei. Seine Loslösung von der etwas trockenen Düsseldorfer Schule, aus der er hervorgegangen war, und sein allmählicher Übergang zu modernen und originalen Ausdrucksformen schildert der Verfasser in begeisterten Worten. Es ist nur zu bedauern, daß die farblosen, im übrigen aber vorzüglichen Abbildungen den Leser nur unvollkommen insand setzen, aus eigener Anschauung das Urteil Defers bestätigen zu können.

Altfränkische Bilder mit Text von Dr. Th. Semner. 17. Jahrg. Würzburg, G. Stürg. M. 1.—
Diese in Kalenderform erscheinenden Hefte seien allen Freunden fränkischer Kunst empfohlen. Der vorliegende Jahrgang bringt unter anderem Bilder aus Volkach, Bildhausen, Triefenstein und 2 farbige Reproduktionen nach Miniaturen aus der Königl. Hofbibliothek zu Aschaffenburg.

Gerstenberg, Heinrich: An Elm und Saale. Berlin, Hermann Paetel, M. 1.75.

Benjafan, S. V.: Rubens. Berlin, S. Schottaender. M. 2.—

Leibig, Hermann, Stadtrat: Die Arbeitslosenunterstützung der Stadt Schöneberg. Berlin, F. Guttentag. M. 1.—

Spicker, W.: Mitteilungen des Evang. Presbyterienverbandes für Deutschland. Berlin-Steglitz, Verlag des Evang. Presbyterienverbandes für Deutschland.

Susman, Margarete: Das Wesen der modernen deutschen Lyrik. Stuttgart, Strecker & Schröder. M. 1.60.

Grisar, S. J. Hartmann: Luther. 1. Band. Luthers Werden. Grundlegung der Spaltung bis 1530. Freiburg im Br., Herderscher Verlag.

Reuwich, Prof. Dr. Jos.: Illustrierte Kunstgeschichte. Lieferung 4. Berlin, Allgem. Verlagsgesellschaft. M. 1.—

Trescher, Dr.: Mehr. Ausfuhrpolitik. Essen, G. D. Baedeker. M. 1.60.

Pfeiderer, Dr. med. Alfred: Bilderatlas zur Alkoholfrage. Reutlingen, Mimir, Verlag für deutsche Kultur.

Zinkernagel, Franz: Goethe und Hebbel. Eine Antithese. Tübingen, J. C. W. Mohr. M. 1.—

können in einer Frage von so tiefgreifender ethischer Bedeutung unmöglich maßgebend sein, zumal bei dem Ausbau unseres Steuersystems die paar Millionen Reinertrag der Klassenlotterie keine Rolle spielen können. Im nächsten Jahre wird der Finanzminister eine Novelle zum Einkommensteuergesetz vorlegen, die uns neue Erhöhungen der Steuer bringen wird. — Hier ist Gelegenheit gegeben, als Gegenleistung die Abschaffung der Klassenlotterie zu verlangen und durchzusetzen.

Spectator

Verantwortliche Schriftleiter: für den politischen Teil der Herausgeber George Cleinow-Schöneberg, für den literarischen Teil und die Redaktion Heinz Amelung-Schöneberg. — Manuskriptsendungen und Briefe werden ausschließlich an die Adresse der Schriftleitung Berlin SW. 11, Bernburger Straße 22a/23, erbeten. — Sprechstunden der Schriftleitung: Montags 10—12 Uhr, Donnerstags 11—1 und 1/2 4—1/2 6 Uhr. — Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Anzeigen-Aannahme für diesen Teil beim Verlag der Grenzboten G. m. b. H.,
Berlin SW. 11, Bernburger Straße 22a/23.

Einbanddecken für die Grenzboten

Ausgabe A: Halbfranz. Dunkelgrüner Lederrücken und Ecken, gekörnter Bezug, Schrift in Goldpressung. M. 1.75.

Ausgabe B: Leinen. Dunkelgrünes Rohleinen, Pressung in Schwarz mit Gold. M. 1.—.

Mehrfach geäußerten Wünschen aus unserm Leserkreise entsprechend haben wir uns entschlossen, eine Original-Einbanddecke für die Grenzboten in geschmackvoller, solider Ausführung herstellen zu lassen. Für jeden Jahrgang sind vier Decken erforderlich. Die Decken für 1910 sind sofort komplett lieferbar, für 1911 und die folgenden Jahrgänge jemalig am Schlusse des betr. Vierteljahrs. Gegen einen entsprechenden Aufschlag sind wir bereit, einzelne Decken mit den Jahres- und Bandzahlen älterer Jahrgänge zu versehen.

Ein Prospekt mit Abbildungen der beiden Ausgaben nebst Bestellschein lag der Nummer 9 vom 1. März bei.

Berlin SW. 11,
Bernburgerstr. 22a/23

Verlag der Grenzboten, G. m. b. H.

Stellennachweis.

(Aus der Tages- und Fachpresse.)

Anfragen zu richten unter Beifügung von Rückporto an die Geschäftsstelle der Grenzboten, Berlin SW. 11.

A. Für Akademiker.

418. **Hilfslehrer** (Neuphilologe) f. Nordseeinsel (Englisch) (2400 M.), 1. 5.
419. **Hauslehrer**, jg., ev., f. 3 Knaben. (sehr angen. Stellg.), Sachsen.
432. **Bürgermeister**, v. jof., Nordseebad.
433. **Pfarrer**, 15.10. (2600 M.), Sachsen.
434. **Hauslehrer**, f. 13 jähr. Knaben, jof., Medlbg.

B. Für Damen.

394. **Erzieherin**, ev., jg., mus., gepr., 1. 6., Sachsen.
398. **Erzieherin**, mus. (Sprach. im Ausld. erlernt) Satein, f. 1 Mädch., 1. 6., Westpr.
412. **Lehrerin**, gepr., mus., ev., 15. 4., Brandenburg.
415. **Lehrerin**, gepr., f. 2 Kind., 1. 6., Pommern.
417. **Erzieherin**, ev., gepr., f. 2 Mädchen, Ostpr.
435. **Oberlehrerin** f. Religion u. Deutsch (3500 M.), bad., Norddeutschland.

Wir machen unsere Leser auf die beiliegende Karte des Deutschen Ostmarken-Bereins aufmerksam.